

INTEGRATION DER SPÄTAUSSIEDLER MIT BEGINN DES ZUWANDERUNGSGESETZES

KOMMENTAR

Hans-Peter Kemper, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, MdB

Ab 17. November 2004 habe ich mein neues Amt angetreten, allerdings sind mir die Themen Migration und Integration bereits durch langjährige Arbeit im Innenausschuss des Deutschen Bundestages vertraut. Wie mein Vorgänger stehe ich zu unserer historischen Verantwortung gegenüber den deutschen Minderheiten in Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Meinen Arbeitsschwerpunkt sehe ich aber vor allem in der Verbesserung der Integration der Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen in Deutschland.

Fast 4,5 Millionen Spätaussiedler sind seit den 50er Jahren nach Deutschland gekommen. Jahrzehntelang vollzog sich ihre Integration ganz unproblematisch, aber ab Mitte der 90er Jahre ist sie schwieriger geworden. Eine der Hauptursachen ist, dass zunehmend nichtdeutsche Familienangehörige mit geringen oder gar keinen Deutschkenntnissen zu uns kommen. Das Verhältnis Spätaussiedler zu nichtdeutschen Familienangehörigen beträgt inzwischen 20 zu 80, während es zuvor umgekehrt war. Aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten finden diese Familienangehörigen nur schwer Zugang zur neuen Heimat und werden auch von den Einheimischen schlechter akzeptiert. Selbst bei beruflichen Vorkenntnissen haben sie ohne die sprachlichen Voraussetzungen auch auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen. Bisher war der Nachweis von Deutschkenntnissen für nichtdeutsche Familienmitglieder keine Pflicht. Jetzt muss nicht nur der Spätaussiedler einen Sprachtest im Herkunftsland ablegen, sondern

das Zuwanderungsgesetz verpflichtet nun auch die mitreisenden Familienangehörigen, schon vor der Ausreise Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachzuweisen. In den Herkunftsländern gibt es inzwischen ausreichend Möglichkeiten, kostenlos Deutsch zu lernen. Nach dem Gesetz haben alle Zuwanderer mit einem auf Dauer angelegten Aufenthaltstitel Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs in Deutschland. So können auch die nichtdeutschen Familienangehörigen der Aussiedler noch vorhandene Sprachdefizite so schnell wie möglich beheben. Von soliden Deutschkenntnissen versprechen wir uns eine schnellere und sozialverträglichere Eingliederung, die wiederum die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung verbessern würde.

Für mich ist die Behandlung von Aussiedlern und Ausländern als gemeinsame Zielgruppe „Zuwanderer“ ein wichtiger Aspekt für den „inneren Frieden“. Im Vorgriff auf das Zuwanderungsgesetz wurden bereits Integrationsangebote für alle Zuwanderer geöffnet, die dauerhaft nach Deutschland kommen. Beim gemeinsamen Besuch der Integrationskurse seit diesem Jahr wird Deutsch zur Verständigungssprache der Teilnehmer. Kommunikation und gegenseitiges Kennenlernen bieten auch die Chance, mehr Verständnis füreinander zu entwickeln, was in der Vergangenheit eher nicht der Fall war.

Auf ihrem Weg in die deutsche Aufnahmegesellschaft werden die Neuzuwanderer durch die Migrationserstberatung unterstützt, die den Integrationsprozess steuern und begleiten soll. Die Neuzuwanderer werden bedarfsorientiert und individuell beraten, aber nicht auf Dauer an die Hand genommen, sondern zu selbstständigem Handeln im täglichen Leben befähigt. Für Zuwanderer unter 27 Jahren gibt es einen gesonderten Jugendmigrationsdienst.

Ein Teil der jungen männlichen Aussiedler fühlt sich in Deutschland nicht richtig zugehörig. Neben mangelnden Sprachkenntnissen erschweren auch Identitätsprobleme den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Ihnen gilt es zu vermitteln, dass Alkohol, Drogen oder Gewalt keine Lösung sind. Die Bundesregierung fördert im präventiven Bereich schon zahlreiche Projekte. Ich will dafür sorgen, dass gute Beispiele bundesweit Schule machen und daraus Strategien für Resozialisierungs- und präventive Integrationsarbeit mit gefährdeten Jugendlichen entwickelt werden.

In der Integrationspolitik wird zunehmend auf aktive Mitwirkung der Zuwanderer gesetzt. Eigeninitiative, Hilfe zur Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement der Zuwanderer sind gefragt. Es gibt gute Ansätze aber auch noch viele Möglichkeiten.

Integration von Zuwanderern wird nur gelingen, wenn wir sie nicht dem Zufall überlassen, sondern als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen, bei der Bund, Länder, Kommunen, Politiker, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und nicht zuletzt Migrantensorganisationen nicht gegeneinander antreten, sondern an einem Strang ziehen.



Die Langfassung des Kommentars kann nachgelesen werden unter:
www.migration-online.de/kemper